

Für gentechnikfreie Landwirtschaft

Im Frühjahr hatte ich berichtet, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene bei der Zulassung der grünen Gentechnik für landwirtschaftliche Produkte der Stimme enthalten hat, da die Kanzlerin und die beteiligten CDU-Ministerien für die Gentechnik und die beteiligten SPD- und das CSU-geführte Landwirtschaftsministerium gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen votierten. Aus diesem Anlass habe ich mit meinem Kollegen Thomas Reusch-Frey (Pfarrer und SPD-Abgeordneter aus Bietigheim-Bissingen) Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gebeten, sich dafür einzusetzen, dass durch nationale Anbauverbote unsere Landwirtschaft gentechnikfrei bleiben kann. Dies ist der Wunsch der meisten Verbraucher, stärkt die bäuerlichen Betriebe in unserer Heimat (gegenüber den Großbetrieben und den Agrar-Multis) und ist ein Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung.

Der Rat der EU-Umweltminister hat jetzt mit der Stimme der deutschen Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) entschieden, dass die Mitgliedstaaten der EU künftig Möglichkeiten haben sollen,

den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (Opt-out-Regelung). Jahrelang hatte die schwarze Bundesregierung EU-Vorschläge für nationale Anbauverbote blockiert.

Im Moment ist in Deutschland der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen untersagt. Für die in der EU zugelassene gentechnisch veränderte Maislinie MON 810 besteht seit 2009 aber nur ein temporäres Anbauverbot gemäß einer Ausnahmeregelung im europäischen Recht (der sogenannten Schutzklausel). Die neuen Regeln bieten jetzt die Chance, diesen Anbau dauerhaft zu verbieten.

Wichtig ist, dass bei den Möglichkeiten für die Anwendung der Opt-out-Regelungen bei neu erkannten Gefahren auch agrar-politische Ziele und die öffentliche Ordnung als rechtliche Gründe für nationale Anbauverbote aufgenommen wurden. Es ist vorgesehen, dass die Nationalstaaten über die EU-Kommission ihre (nationale) Ablehnung beim Genehmigungsprozess gentechnisch veränderter Pflanzen einbringen.

... der
**SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber**



Auf EU-Ebene sollen die gesetzlichen Grundlagen und Verfahren bis Ende des Jahres festgelegt sein. Dann steht eine Umsetzung in nationales Recht an. Mich freut es, dass es SPD und CSU gelungen ist, dass die CDU und die Kanzlerin diesen Kurswechsel akzeptieren und mittragen. Dies zeigt: Regieren ist schwieriger als opponieren – aber auch wichtiger.

Dabei ist in Koalitionsverträgen auf Bundes- und Landesebene grundsätzlich festgelegt, dass man sich bei Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern auf der nächsthöheren Ebene der Stimme enthält.

Solch eine Enthaltung ist auch im Bundesrat durch das Land möglich. So lehnt die Mehrheit der Grünen bis jetzt die von der schwarz-roten Bundesregierung vorgeschlagene Einstufung der Balkanländer als sichere Herkunftsstaaten im Asylrecht ab, auch wenn hier fast niemand eine politische Verfolgung nachweisen kann. Zum Schluss noch ein erfreuliches Wort zur grünen Gentechnik auf Landesebene: Im Landwirtschaftsausschuss hat ein von Abgeordneten aller vier im Landtag vertretenen Parteien eingebrachter Antrag eine große Mehrheit gefunden: Die Landesregierung wird aufgefordert, schrittweise gentechnikfreies Futtermittel zum Bestandteil des Qualitätszeichens Baden-Württemberg (QZBW) zu machen.

BKZ 29.08.2014